

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/48. Jahrgang

September 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

## Wohnbau Gießen - Kapitalismus pur

Laut Geschäftsbericht 2016 hat die Wohnbau einen satten Bilanzgewinn von 3,84 Mio. Euro (+ 7,2%) eingefahren. Damit hat sie ihre Aufgabe als GmbH – Gewinne zu machen – gut erfüllt. Aber wer hat das bezahlt? Vor allem die Mieter, die in einer der genau 7112 Wohnungen der Wohnbau leben.

Aber nur noch 1827 (2015: 1887) dieser Wohnungen sind preisgebunden, d.h. Sozialwohnungen. Der größere Anteil 5285 (2015: 5213) ist preisfrei, die Miete kann kontinuierlich erhöht werden. Die Erträge der Wohnbau aus Mieterhöhung stiegen um 512.000 Euro.

Der Bestand der Wohnbau ist seit Jahrzehnten unverändert, obwohl die Einwohnerzahl von Gießen stark gestiegen und obwohl Geld für Neubauten da ist. Auf 35,7 Mio. Euro beziffern sich die Rücklagen, die aber vor allem für Sanierung (12,4 Mio.) und Instandhaltung (10,9 Mio.) ausgegeben werden – und dann werden noch beträchtliche Beträge an den städtischen Haushalt abgeführt.

Dass 2882 Haushalte in Gießen eine Wohnung suchen, ist der Wohnbau bekannt, führt aber nicht zu Bautätigkeit. Gerade 70 neue Sozialwohnun-

(Fortsetzung auf Seite 3)



## 24.9.: DKP wählen

### Inhalt:

Niedriglohn+Gewinn/Kita+Bildung	S.2
teure Park- und Gastronomiegebühren	S.3
Bolzplatz/Grundsicherung/Jobcenter	S.4
ver.di: Entlastung Pflege/Rhön-Profit	S.5
Tafel- u.a. Zuschriften/Nazi-Ehrung getilgt	S.6
SPD/Grüner Frevel/Zensur als Option	S.7
Termine/Solidarität mit Venezuela	S.8



## Alte Post: Legt den Spekulanten das Handwerk

Dass die Stadt Gießen seit Jahrzehnten tatenlos zusieht, wie eines der wichtigsten denkmalgeschützten Gebäude von Gießen, die Alte Post, verfällt, hat jetzt den bundesweiten „Verein Stadtbild e.V.“ zum Eingreifen veranlasst. In einem Offenen Brief<sup>1)</sup> an die OB schreibt er u.a.: „Es ent-

steht vielmehr der irritierende Eindruck, als sei speziell der Oberbürgermeisterin der Erhalt von historisch bedeutsamen Gießener Gebäuden egal.“ Das trifft aber auch auf ihren Vorgänger Haumann (CDU) zu, denn die Familie Shobeiri, die bereits das denkmalgeschützte „Samenhaus

Hahn“ bis zum Abriss vergammeln ließ, wartet seit 23 Jahren auf den Verfall. Und es war der SPD/Grüne-Magistrat unter OB Mutz, der den Verkauf der Alten Post an Shobeiri zugelassen hat, obwohl der bereits damals als Spekulant stadtbekannt  
(Fortsetzung auf Seite 3)

**Für Frieden und Sozialismus!**



# Niedrige Löhne und fette Gewinne, zwei Seiten derselben Medaille

Die Erwerbsarmut in Deutschland ist stärker gestiegen als in anderen Ländern der EU. Zwischen 2004 und 2014 hat sich der Anteil der Beschäftigten, die trotz regelmäßiger Arbeit als arm gelten, auf 9,6% oder rund 3,7 Millionen verdoppelt.

Das sog. „Fördern und Fordern“ führte dazu, dass Arbeitslose dazu gezwungen sind, fast jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Der Mindestlohn ist zu niedrig. Erst bei mindestens 12 Euro garantiert eine Vollzeitarbeit ein Leben unabhängig von staatlichen Leistungen, weniger Beschäftigte wären im Alter auf Grund-

sicherung angewiesen. Wer in Deutschland weniger als 11.530 Euro (2015) im Jahr zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet, 15,7% oder 12,9 Mio. Menschen sind das derzeit in Deutschland.

Das Beschäftigungswachstum in Deutschland beruht zu einem großen Teil auf dem Anwachsen der Teilzeitzellen sowie des Niedriglohnsektors insgesamt.

Gleichzeitig zu den immer neuen Rekorden der Armut in der BRD steigt der Gewinn der Unternehmen. Bei mehr als der Hälfte der 30 Dax-Konzerne, die bisher Zahlen für das erste

Vierteljahr 2017 vorgelegt haben, stieg er um 27% (27,5 Mrd. Euro).

Das private Finanzvermögen in Deutschland ist 2016 um 3,7% auf 5,7 Billionen Euro gestiegen. Die Konzentration des Privatvermögens setzt sich weiter fort. Nach Zahlen des Bundessozialministeriums (von 2013) verfügen die oberen 10% der Haushalte über fast 52% des Nettovermögens; 1998 waren es erst 45%. Der Vermögensanteil der unteren 50% sank im gleichen Zeitraum von 2,9% auf 1%. Ein Mindestlohn von 15 Euro wäre eine wichtige Maßnahme für die Beschäftigten. Aber das grundsätzliche Problem, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet, lässt sich damit nicht lösen. Die DKP fordert deshalb, die Macht der Großkonzerne und Banken einzuschränken.

Letztlich muss das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft werden. Das werden deren Eigentümer aber nicht kampflos zulassen. Es bleibt also die alte Erkenntnis: Auch wenn Reformen durchgesetzt werden könnten, gibt es keine Alternative zur sozialistischen Revolution.

Henning Mächerle,  
Direktkandidat der DKP in Gießen



Auf der Landesliste der DKP kandidieren aus Gießen (v.l.): Rainer Grabowski, Tobias Salin, Erika Beltz, Henning Mächerle und Michael Beltz

## DKP für echte Chancengleichheit und kostenlose Bildung für alle

Mit Bildung und Erziehung kann bei Kindern nicht früh genug begonnen werden. In Gießen ist dies oft nicht möglich, denn bei der Betreuung von unter Dreijährigen sieht es sehr mager aus. So gibt es für die aktuell mehr als 2.200 Kleinkinder nur etwa 750 Plätze. Selbst für die von der Stadt anzustrebende Betreuungsquote von 42% sind das immer noch 180 zu wenig. Das Problem wird aber nur provisorisch gelöst, indem mehr Kinder in eine Gruppe kommen oder die Eltern sehr lange Fahrwege in Kauf nehmen müssen. Laut Bürgermeisterin Weigel-Greilich gibt es so schnell auch keine Neubauten, denn es könnten ja Familien mit ihren Kindern aus Gießen wegziehen. So kann man fehlende Investitionen natürlich immer „begründen“.

Das aktuelle „Wahlkampfeschenke“ der hessischen Landesregierung, das erste und zweite Kindergartenjahr für

jeweils sechs Stunden täglich beitragsfrei zu machen, muss ebenfalls kritisch betrachtet werden. Einerseits bleiben die hohen Kosten für die Betreuung der unter Dreijährigen bestehen und andererseits liegt die durchschnittliche Betreuungszeit bei 7,5 Stunden, so dass von kostenlosen Kindergartenjahren nicht gesprochen werden kann.

An den hessischen Grundschulen sieht es insgesamt auch nicht besser aus. Hier gibt es zwar genügend Plätze, dafür aber zu wenig Personal. Zu Beginn des neuen Schuljahres fehlten rund 100 Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Förderschulen. Bildungsminister Lorz erklärte aber sogleich, dass die Grundversorgung beim Unterricht nicht gefährdet sei. Die DKP fordert schon lange, die Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendzentren deutlich zu erhöhen sowie mehr dauerhaf-

te Arbeitsplätze zu schaffen. Nur durch kostenlose Bildung für alle, vom Kleinkindalter bis hin zur Erwachsenenfortbildung, kann Chancengleichheit erreicht werden. Aber das ist im Kapitalismus weder vorgesehen noch erwünscht. Auch dies ist ein Grund, am 24. September die DKP zu wählen.

Rainer Grabowski



# Geldschneiderei mit neuen Parkgebühren

Im September soll im Stadtparlament die „Änderung der Parkgebührenordnung“ beschlossen werden. Nach ihr – so Stadtrat Neidel (CDU) – würde das Parken „nicht teurer, aber anders“. Und zwar ganz anders: Ab sofort werden auf den bisher kostenlosen Parkplätzen u. a. auf dem Messeplatz und in der Ringallee saftige Gebühren kassiert. Nein, Neidel hat insofern nicht direkt gelogen, aber die Abzocke verschleiern wollen: Gebühren werden nicht erhöht, aber eingeführt – die Autofahrer trifft's, egal wie man es nennt.

Gerade in diesem Gebiet ist das Parken besonders schwierig, da hier

sowohl die Besucher der THM wie die der Justizbehörden und der Theodor-Litt-Schule täglich auf der Suche sind. Die Schülervvertretung hat bereits im Frühjahr gegen die Pläne protestiert und in einer Petition gefordert, dass für sie das Parken – im Sinne der kostenlosen Bildung – kostenfrei bleibt.

Neben den Kurzzeittickets gibt es Tages- (5 Euro), Wochen- (15 Euro) und Monatstickets (40 Euro) - das Ganze für werktags von 8 bis 16 Uhr. Immerhin geht es um rund 1500 Parkplätze. Da kann man sich ausrechnen, welche Summen die Stadt hiermit den Bürgern abknöpfen wird.

Zum Vergleich: Wer in der Gießener Innenstadt einen Parkplatz mietet, muss dafür etwa 50 bis 100 Euro im Monat bezahlen, hat aber im Gegensatz zu Neidels Plan einen sicheren Parkplatz rund um die Uhr.

Demnächst sollen weitere Stadtgebiete in die "Parkraumbewirtschaftung" einbezogen werden, sprich: Bisher freies Parken soll künftig auch dort Geld kosten.

Von dieser erneuten Geldschneiderei ablenken soll das geplante „Handyparken“, mit dem man seine Parkgebühren per Handy entrichten – und damit freiwillig persönliche Daten abliefern – kann. Michael Beltz



## Bubenstück - Außengastronomie-Gebühr

Ein weiteres Bubenstück leistete sich die SPD/CDU/Grüne-Koalition mit der Erhöhung der Gebühren für die Außengastronomie. Die entsprechende Satzung war von ihr im Juni – gegen die Stimmen der anderen Parteien – beschlossen worden, ohne dass darüber diskutiert worden war.

Nachdem bekannt wurde, dass in der Innenstadt bis zu acht Euro pro Quadratmeter für Tische im Freien bezahlt werden sollten, hagelte es Proteste. Das sei teuer als auf der Frankfurter Zeil. Nun rudert man zurück, nachdem es vorher geheißen hatte, die Gebührenordnung bewege sich im üblichen Rahmen und auch andere Städte planten eine Erhöhung (die die dann mit Verweis auf Gießen begründen können). Dies ist ein Musterbeispiel der Gießener Großen Koalition, die – wie ihre Vorgänger – erfindungsreich und maßlos an der Gebührenschaube dreht, statt sich darum zu kümmern, dass sie das Geld, das ihnen zusteht, erhält. Denn nach der Hessischen Verfassung müssen den Städten ausreichende Mittel zur Erfüllung aller ihrer kommunalen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Das hintertreiben sie alle miteinander in Berlin wie in Gießen, alle, die die Vermögenssteuer gestrichen und den Spitzensteuersatz gesenkt haben und das auch so lassen wollen. Das sind kurz gesagt alle, die den Unternehmern Milliarden schenken und für Kriege weitere Milliarden verpulvern, während ihnen die Interessen der normalen Menschen am A... vorbei gehen. E.B.

(Fortsetzung von Seite 1)

## Wohnbau

gen sind geplant; mindestens 100 – 150 jährlich werden sogar im unzureichenden „Wohnraumversorgungskonzept“ der Stadt gefordert.

Eine besondere Merkwürdigkeit, die es zu hinterfragen gilt, weist der Bericht auf: Die Rücklagen für „Prozessrisiko“ stiegen von 2000 auf 187.000 Euro. Mit wem will sich die Wohnbau da anlegen?

Gerade mal 1827 preisgebundene Sozialwohnungen sind ein Armutszeugnis für Gießen. Es ist Ausdruck einer Politik, die nicht auf die Versorgung mit preiswertem Wohnraum ausgerichtet ist, sondern sich nach den Interessen der „Investoren“ richtet.

So werden die auch nicht mit der – minimalen – Auflage behelligt, 20 – 30% ihrer Neubauten als Sozialwohnungen zu vermieten, was durchaus möglich ist und von vielen gefordert wird.

Seit die Wohnbau in eine GmbH umgewandelt wurde, wird sie nach rein kommerziellen, kapitalistischen Grundsätzen betrieben. Das Gießener Stadtparlament, das vorher die Wohnungspolitik bestimmte, hat nichts mehr zu sagen.

Die DKP fordert die Rekommunalisierung der Wohnbau und ihre Rückgabe in die Hände des Stadtparlaments, d.h. der gewählten Stadtverordneten, die öffentlich darüber beraten und beschließen. Michael Beltz

(Fortsetzung von Seite 1)

## Alte Post

war. Weiter schreibt der Verein: „*Ferner bitten wir die engagierten Gießener Bürger, in ihrem Bemühen um den Erhalt ihrer Stadt nicht locker zu lassen.*“ - Dazu hat sich bereits die Bürgerinitiative „Rettet die Alte Post“ gegründet, die die sofortige Enteignung fordert und erwägt, Unterschriften zu sammeln und zum Boykott der Gaststätte Alt Gießen aufzurufen, die sich im Besitz der Familie Shobeiri befindet. Die denkt nicht daran, die Auflagen der Stadt zu erfüllen, legt „Gegengutachten“ vor und schindet Zeit. (s. auch Seite 5) Erika Beltz  
\*stadtbild-deutschland.org/website/offenerbrief-zur-rettung-der-alten-post-in-giessen/

# Bolzplatz Ederstraße

Bewohner der Nordstadt und Freizeitkicker, die regelmäßig auf dem Bolzplatz Ederstrasse spielen, sind beunruhigt. Angeblich gibt es seitens der Stadt und der Wohnbau Überlegungen, die Ecke Ederstr./Fuldastr. so umzugestalten, dass kein Platz mehr vorhanden ist für den Bolzplatz an der Ederstr. Der kleine Fußballplatz mit Spielplatz besteht seit den 50er Jahren; ganze Generationen von später bekannten Kickern haben hier das Fußballspielen erlernt. Auch wurde der Bolzplatz durch die DKP-Turniere in den 70er und 80er Jahren bekannt. Die Pressemitteilung der Stadt trägt allerdings nicht dazu bei, die Gemüter zu beruhigen. Im Gegenteil: der Bolzplatz im Quartier soll bleiben; der Standort könne sich aber ändern ... - Ein großes Solidaritätsturnier am 25. August 2017 auf dem Bolzplatz Ederstr. mit über 150 Besuchern und kickenden Jugendlichen machte klar: die Nordstadt kämpft für den Verbleib an genau dieser Stelle! Helmut Appel



## Neue Schikane bei Grundsicherung

Seit dem 1.7.2017 hat die Bundesregierung - getragen von den sich jetzt im Wahlkampf so sozial gebenden Parteien CDU/CSU und SPD - eine neue Schikane gegenüber Rentnern, Behinderten u. a. Beziehern von Grundsicherung eingeführt.

Bei Auslandsaufenthalten, die über den ununterbrochenen Zeitraum von 4 Wochen hinaus gehen, werden die Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingestellt, bis die Rückkehr „nachgewiesen“ wurde.

Das betrifft nicht nur den sog. Regelsatz und mögliche Zuschläge, sondern auch die Leistungen für Miete und Heizkosten, unter Umständen auch die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung.

Dabei wird völlig wahllos ein Zeitraum von 4 Wochen genannt, ohne dass dies genauer definiert wird. Z.B.: Gilt dies für einmal im Jahr, oder für mehrere Aufenthalte?

Müssen also in Zukunft Rentner, die Grundsicherung beziehen, sich beim Sozialamt abmelden? Dürfen Angehörige ihre behinderten Familienmitglieder nur noch unter Wegfall deren Grundsicherungsleistungen mit in einen länger als vier Wochen dauernden Auslandsaufenthalt nehmen?

Wie es seit Einführung von Hartz IV üblich ist, ist das Gesetz völlig unklar und wird zahlreiche Rechtsverfahren benötigen, bis dann eine entsprechende Verfahrensweise aufgrund höchstrichterlicher Urteile gefunden wird.

Bis dahin führen sich dann CDU/CSU und SPD weiter als die sozial gerechten Parteien auf.

Die DKP Gießen fordert die Rücknahme dieser Schikane. Wer im Alter aufgrund seiner geringen Rente schon mehr als genug bestraft ist, soll nicht noch mit drohenden Leistungsverlusten bei entsprechenden Auslandsaufenthalten im angeblich kleiner gewordenen Europa rechnen.

Durchlässigkeit der Grenzen ist dann halt doch wieder eine Frage des Geldes!

Die DKP tritt dafür ein, das Geld bei denen zu holen, wo es ist, Millionärssteuer jetzt! Und nicht bei Armen und Schwachen weiter die Daumenschrauben andrehen. K.S.



### Jobcenter: unfähig oder minderbemittelt

Dass das Jobcenter seinen „Klienten“ das Leben schwer macht und willkürlich Leistungen kürzt und Sanktionen verhängt, haben wir oft berichtet.

Eine Glanzleistung an Unkenntnis leistete sich im August Herr W., der einem Hartz-IV-Aufstocker seine Fahrtkosten vorrechnete und dabei die Entfernung von Gießen nach Butzbach mit 10,7 km bezifferte.

Nun hat er nicht nur von seiner nächsten Umgebung offenbar keine Ahnung, sondern ist auch unfähig einen Routenplaner zu befragen.

Der hätte ihm nämlich sagen können, dass Butzbach 22,2 km weit entfernt liegt. Er war zudem nicht in der Lage oder zu bequem, in alten Bescheiden nachzusehen, wo nämlich genau diese Entfernung anstandslos zugrunde gelegt worden war.

Was bleibt dem Betroffenen? Wieder einmal Widerspruch einlegen, wieder mal unfähigen Jobcenter-Mitarbeitern auf die Sprünge helfen, wieder Zeit und Porto vergeuden...

Aber auch diese „Unfähigkeit“ hat Methode – gehört zum Hartz-IV-System der Schikanen, der Unterdrückung, der gesetzlich verordneten Armut. E.B.

# Kliniken: Ver.di kämpft für Entlastung

Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Patienten in deutschen Krankenhäusern um 1,4% zugenommen. Gleichzeitig stieg der durchschnittliche Schweregrad der Fälle und das Durchschnittsalter der Kranken.

Die Zahl der Ärzte und des nichtärztlichen Personals erhöhte sich in etwa angemessenem Umfang – nicht aber die des Pflegepersonals.

Die zusätzlichen Fälle brachten Mehreinnahmen von 2,9 Milliarden Euro, dem stehen Mehrausgaben von nur 2,2 Milliarden Euro gegenüber – es wäre also genug Geld da, um auch mehr Pflegekräfte einzustellen.

Die Kliniken denken aber gar nicht daran und werden dabei unterstützt von ihrem Verband, der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Diese lehnt

verbindliche Personalschlüssel ab, egal ob diese tariflich vereinbart oder gesetzlich geregelt werden.

Die Gewerkschaft ver.di will sich jetzt mit einer „Tarifbewegung Entlastung“ bundesweit gegen den steigenden Arbeitsdruck wehren. In 1% der Kliniken will sie beispielhaft bundesweit für mehr Personal kämpfen.

Am Berliner Uniklinikum Charité wurde so ein Kampf nach langen Streiks bekanntlich einigermaßen erfolgreich beendet.

Die Umsetzung der erzielten Vereinbarung verläuft dort allerdings sehr schleppend – es gibt nicht genug ausgebildetes Personal. Für die Deutsche Krankenhausgesellschaft ist das ein Grund, die ver.di-Forderung als grundsätzlich unerfüllbar zu erklären.

Sie verwechseln hier aber Ursache und Wirkung.

Die unerträgliche Arbeitshetze in den Krankenhäusern ist die Ursache dafür, dass viele Pflegekräfte nur wenige Jahre im Beruf bleiben oder sich in Teilzeit flüchten, um nicht selbst krank zu werden.

Die Pflegeberufe werden erst dann attraktiv, wenn das Personal gut bezahlt wird und genug Zeit hat, ihren Beruf so auszuüben, dass es ihren eigenen Ansprüchen gerecht wird. Gegen die Sturheit der Krankenhausbetreiber werden nur Streiks helfen – auch wenn streiken im Krankenhaus natürlich viel schwerer ist als in einer Fabrik.

Gernot Linhart

## UKGM: Rhön-Boss will noch mehr Profit

In einem Gespräch mit der „Welt am Sonntag“ drohte S. Holzinger, Vorstandsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG (Betreiberin des Uni-Klinikums Gießen/Marburg), er wolle die Rhön-Kliniken „auf Trab“ bringen, damit sie noch mehr Profit erwirtschaften. Für dieses Jahr peilt er etwa 100 Millionen Euro an, die dann an die Aktionäre verteilt werden können. Damit fließt etwa jeder zehnte Euro, der von den Krankenkassen für die Behandlung der Versicherten an die Rhön AG gezahlt wird, in die Taschen der eh schon reichen Aktionäre. Holzinger ist ein nur auf Profit bedachter Manager ohne jede Beziehung zum Gesundheitswesen. Das Wohl der Patienten und des Personals ist ihm egal, offensichtlich hat er keinerlei Achtung vor der täglichen Leistung der in den Krankenhäusern beschäftigten und keine Vorstellung davon, wie sie schon jetzt ständig „auf Trab“ sind. Viele arbeiten bis zur Erschöpfung und manchmal bis zum Burnout. Der Vorstandsvorsitzende macht auch keinen Hehl daraus, dass zu dem hohen Profit auch die ca. 20 Millionen Euro beitragen, die das Land jährlich zusätzlich an die Rhön AG zahlt. Dieses Geld ist eigentlich für zukunftssichernde Investitionen und zur Verbesserung der Forschung und Lehre gedacht. G.L.



## „Rettet die Alte Post“ erstes Treffen

Am 25.08. trafen sich gut 20 Interessierte zum ersten Gruppentreffen „Rettet die Alte Post Gießen“ am Lahnfenster, um konkrete Vorhaben zu organisieren. Eingeladen waren alle Parteien, die OB Grabe-Bolz, die Stadträte; das gesamte Stadtparlament glänzte – mit Ausnahme von Martina Lennartz (DKP) von der Fraktion Gießener Linke – durch Abwesenheit. Die OB verwies auf eine bevorstehenden Bürgerversammlung, die im November stattfinden soll. Geplant sind verschiedene Aktionen, um die Stadt freundlich zu motivieren, den Spekulationsgeschäften ein Ende zu setzen. Astrid Eibelshäuser sagte dem neugewählten Sprecher der Gruppe Jan-Patrick Wismar, dass sie ihm nicht versprechen könne, dass die Post in zehn Jahren noch stehe. Die Gruppe erreicht man auch über Facebook „Rettet die Alte Post Gießen“.



## Liebe Leserinnen und Leser, den Beitrag „Tafeln - Im Kapitalismus unverzichtbar“ in der Augustausgabe habe ich mit Begeisterung gelesen.

Ergänzend möchte ich noch wichtige Punkte hinzufügen.

Der Bundesverband der Tafeln mit Sitz in Berlin hatte mir einmal bei einer telefonischen Beschwerde mitgeteilt, dass er selbst nur noch Empfehlungen herausgibt und dass sich die meisten Tafelläden längst in regionale Verbände abgespalten haben. Mir wurde auf Nachfragen bestätigt, dass jede Tafel als eigenständiges Unternehmen zu betrachten ist, das wegen der Gemeinnützigkeit auch noch Steuervorteile hat. So ist eine Tafel ein Laden, der Reste, die er geschenkt bekommt, an selbst ausgewählte Bedürftige weiterverkauft, die darüber hinaus auch noch eine Bedürftigkeit nachweisen müssen. Wer das nicht kann, hat keinen Zutritt zu den Resten. Von der Tafel wird uns allerdings vermittelt, dass hier die Lebensmittel-Reste weitergegeben werden. Doch das stimmt so nicht. Die Reste werden verkauft. Im Artikel in der Augustausgabe wurde etwas kritisch über das Jobcenter berichtet, welches mit fragwürdigen

Methoden Menschen sanktioniert. Die Kritik müsste viel lauter und tiefer sein, denn viele Leistungsbezieher von ALG 2 nehmen aus Angst davor, sanktioniert zu werden, einen 1-Euro-Job an und landen als billige Arbeitskräfte bei den Tafelläden. Dazu kommen auch noch die vielen Ehrenamtlichen, die allesamt keine Lohnkosten verursachen. Und weil das alles noch nicht reicht, zahlen die Jobcenter auch noch Prämien an die Betreiber der Tafeln, die Stellen für 1-Euro-Jobber schaffen. Somit lohnt es sich für jeden Tafelladen, möglichst viele 1-Euro-Jobber zu beschäftigen, denn dann fließt richtig viel Geld. Dazu kommen noch die vielen Geldspenden aus den unterschiedlichsten Aktionen wie z.B. Pfandspende bei LIDL usw.

Mir wurde mehrmals der Zutritt zu Tafeln verweigert, weil ich keine Bedürftigkeit nachweisen konnte und weil ich sehr oft kein Geld hatte, um mir die Reste zu kaufen. Swen Huchatz obdachlos in Gießen

## Uni tilgt Nazi-Ehrungen

Jahrzehntlang hatte die Gießener Universität keine Probleme mit ehemaligen Nazis, sie benannte Einrichtungen nach ihnen und verlieh ihnen Titel wie Ehrengestaltung und Ehrendoktor. Erst der Druck von Antifaschisten erzwang eine Änderung. Jetzt war es wieder so weit. Wegen Beteiligung an Nazi-Verbrechen (sog. Euthanasie-Programm) wurde dem Hirnforscher J. Hallervorden der Titel „Ehrengestaltung“ aberkannt.

Die Uni ist da konsequenter als die Stadt Gießen. Noch immer gibt es aktive Nazis als Ehrenbürger, z.B. Herrmann Schlosser. Angeblich erlischt die Ehrenbürgerschaft mit dem Tod. Das ist natürlich Unsinn - die Ehrung ist in den Annalen der Stadt vermerkt und bleibt dort erhalten, solange es eine Geschichtsschreibung gibt. Ebenso könnte dort ein begründeter Entzug der Ehrung vermerkt werden. Auch bei der Vergabe von Straßennamen wie z.B. im neuen Wohngebiet Schlangenzahl kommen Nazis (wie z.B. Robert Feulgen und Georg Haas) zum Zuge. Die Stadt sollte sich ihre Universität zum Vorbild nehmen. G.L.

### Berichtigung Lastenrad-Verleih

Bei unserer Meldung zum Gießener Lastenrad-Verleih im vorigen Echo haben wir leider eine falsche Internet-Adresse angegeben. Die richtige Adresse ist [dasallrad.org](http://dasallrad.org). Verschiedene Lastenräder stehen an mehreren Stellen in Gießen zum Leihen bereit. Sie eignen sich für Transporte aller Art, vom Großeinkauf bis zum kleinen Umzug. Die Initiatoren freuen sich auf eine rege Nutzung des Angebots.

Redaktionsschluss für  
Oktober-Echo: Mi., 27. Sept.

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)



## Leserbrief

Als ehemaliger Bürger der Stadt Gießen möchte ich mich zu meiner jetzigen Situation äußern: Ich habe 13 Jahre in Gießen gelebt, davon 14 Semester an der JLU Gießen erfolgreich studiert. Nebenher habe ich immer gearbeitet. Nach dem Studium habe ich mich mit Sozialhilfe und Gelegenheitsarbeiten über Wasser gehalten. Auch später in Altena habe ich nur sechs Jahre arbeiten können und habe

verschiedene sinnlose Maßnahmen der ARGE durchlaufen, so dass ich kaum etwas in die Rentenkasse einzahlen konnte. Heute erhalte ich 366,75 Euro EU-Rente und 180,- Euro Wohngeld. Von GEZ-Gebühren werde ich nicht befreit. Einen Antrag auf Grundsicherung darf ich nicht stellen, da ich noch über Ersparnisse verfüge. Eine tolle Aussicht, gell? - Für Rückfragen stehe ich zur Verfügung!

Uwe Moldenhauer

# SPD/Grüne Stadtregierung: Lizenz zum Naturfrevel

Außergewöhnlich milde und sanft geht das Umweltdezernat der Staatsanwaltschaft Gießen mit den Umweltsündern im Zusammenhang mit der „Strandbar“ in der Wieseckau um. Da werden im Landschaftsschutzgebiet während der Brutzeit direkt neben einem Brutgebiet Lastwagen vorgefahren, Bagger verteilen lärmend Sand, Geräte werden entladen, es wird auf „Profit komm raus“ wochenlang gewerkelt.

Der Auftraggeber dieser Umweltstö-

## Altenburg gegen LaGa

In der „Skatstadt“ Altenburg hat sich eine Bürgerinitiative gegen eine Landesgartenschau 2024 gebildet, die Unterschriften für ein Bürgerbegehren sammelt. Wir wünschen viel Erfolg!

zung und Inhaber der Bar – Christian Trageser – habe aber damit nichts zu tun, denn er besitze eine Genehmigung der Stadt Gießen und die Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde.

Außerdem habe - lt. Aussage der Staatsanwaltschaft - eine gerichtliche Klage wenig Aussicht auf Erfolg. Also steht es schlecht um den Schutz der brütenden Vögel.

Wohin die staatsanwaltliche Mildtätigkeit führt, zeigt auch das dreitägige Weinfest neben der Strandbar, wo den Tieren beim Frühschoppen der Marsch geblasen wird und man den abendlichen Lärm bis in die Innenstadt hört. Veranstalter: Christian Trageser  
Zur Erinnerung: Frau Weigel-Greilich sprach immer von „kleinen, feinen Veranstaltungen“, die an dieser Stelle

stattfinden sollten. Blasmusik und klein?

Hauptverantwortlich ist die damalige und noch-immer-Bürgermeisterin Weigel-Greilich (Grüne), die mit der SPD gemeinsam die Stadtregierung stellte. Mit verschiedenen Genehmigungen legte sie den Grundstein für den Umweltfrevel: Ein Bebauungsplan mit Ausflugslokal und eine „wasserrechtliche“ Genehmigung von Ende 2012 und eine Genehmigung zum Bau der Strandbar vom Mai 2016 (!). Auffällig: Die Strandbar bestand aber schon 2015.

Nach dem Wortlaut des Umweltschadensgesetzes aus dem Jahr 2007 hat jeder Bürger das Recht, Anzeige wegen Umweltfrevel bei Staatsanwaltschaft oder RP zu stellen.

Warum eigentlich nicht? M. Berger



www.jungewelt.de/testabo  
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

## Zensur als Option - »linksunten.indymedia« verboten

Hassreden und Hetze in den Medien – nicht nur im Internet – sind ein großes Problem. Man schaue sich nur auf Facebook um, lese *Bild* oder *Junge Freiheit*. Wie dort gegen Migranten gehetzt wird, würde so manche Verbotsverfügung rechtfertigen.

Wobei der Innenminister gar nicht so weit gehen müsste. Während er andere der menschenfeindlichen Hetze beschuldigt, sitzt er im Glashaus: Seine verlogene und schon längst widerlegte, trotzdem stets neu aufgelegte Propaganda etwa gegen Flüchtlinge, die angeblich massenhaft falsche Pässe vorzeigen, sich durch erschwundene Atteste der Abschiebung entziehen und partout nicht in ihre »sicheren Herkunftsländer« wie etwa Afghanistan zurückwollen – was ist das anderes als die Aufstachelung zu rassistischem Hass? Mit AfD und NPD treten zwei Parteien auf, die sich dem Kampf gegen Flüchtlinge explizit verschrieben haben. Das alles bleibt legal, verboten aber wird eine linke Internetplattform. Der Kampf gegen »Linksextrémisten« fällt dem Staat offensichtlich leichter als der gegen rechts – wen wundert's?...

Man muss nicht alles goutieren, was auf der »linksunten.indymedia«-Seite steht. Darunter ist auch mancher Blödsinn. Man möchte gerne wissen, wie viele Beiträge von Provokateuren oder V-Leuten selbst stammen, wird es aber nie erfahren...

Nicht nur symbolisch aber ist die Folge des Verbots: Jeder, der künftig an der inkriminierten Seite mitwirkt, muss wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz mit Strafe rechnen. Auf den Inhalt dessen, was man schreibt, kommt es dabei gar nicht mehr an.

Insofern ist das Verbot ein Schritt dahin, die Reichweite der linksradikalen, antikapitalistischen Szene sowie ihren internen Informationsaustausch einzuschränken. Das ist auch ein Signal an andere radikal linke Medien, auch die *junge Welt*, die ja laut Zeugnis des Verfassungsschutzes das wichtigste Printmedium der linken Szene ist. Zensur und gewaltsame Meinungsunterdrückung ist immer noch eine Option für den bürgerlichen Staat.

**Ulla Jelpke**

(gekürzt aus „junge Welt“ vom 26.8.)



# DKP: Wir feiern 100 Jahre Roter Oktober

Lenin, Majakowski und ich...

Briefe, Szenen, Lieder, Gedichte, Prosa...

**Erich Schaffner** spricht und singt,

am Klavier: **Georg Klemp**

**Gießen:** am Donnerstag, dem 5. Oktober um 19 Uhr im Vortragsraum der Kongresshalle (Eingang über Innenhof), Berliner Platz 2

**Wetzlar:** Freitag, dem 6. Oktober um 20 Uhr, im Kulturzentrum Franzis, Franziskanergasse 4-6



## Hommage an Gisela May

am Freitag, d. 15. September, im Wetzlarer Kulturzentrum FRANZIS

eine zweistündige musikalisch-dokumentarische Hommage über das Leben und künstlerische Schaffen der "First Lady des politischen Gesangs der DDR", geb. 1924 in Wetzlar - gest. 2016 in Berlin; mit

**Johanna Arndt**, Sängerin, Brecht-Interpretin, Theaterpädagogin und Weggefährtin von Gisela May und der Pianistin **Christiane Obermann**

Eintritt: 10 Euro (erm. 6 Euro)



## Veranstaltung der DKP Wetzlar

### Mitgliederversammlung DKP Gießen

MITTWOCH, 27. Sept., 18 Uhr, Büro Partei Die Linke, Marktplatz 2

### Info-Stände der DKP

Samstag, 2., 16. und 23. September, Neuenweg 1/Ecke Kreuzplatz



news.dkp.de  
www.dkp-hessen.de  
www.dkp-giessen.de  
DKP-Gießen auch bei facebook

**Widerstand  
gegen Hartz IV**  
montags 18 - 19 Uhr,  
bei den 3 Schwätzern

**Hannes Wader  
Macht's gut**  
Sonntag, 1. Oktober, 20 Uhr,  
Kongresshalle Gießen

## Solidarität mit Venezuela - Petition an den Bundestag

hier unterzeichnen: [https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2017/\\_08/\\_01/Petition\\_72910.nc.\\$\\$\\$a.u.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2017/_08/_01/Petition_72910.nc.$$$a.u.html)

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass sich die Bundesregierung für eine friedliche und demokratische Lösung der politisch-wirtschaftlichen Krise in Venezuela einsetzt. Zudem soll sich die Bundesregierung gegen eine militärische Intervention und gegen wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Venezuela einsetzen. Die Regierungsvertreter sollen alles Menschenmögliche unternehmen, um zu verhindern, dass weitere Menschen in Venezuela sterben oder verletzt werden.

Begründung

Bei allen politischen und diplomatischen Gesprächen, Entscheidungen

und Handlungen soll immer eine Verbesserung der Lage der Bevölkerung in Venezuela das Ziel sein, im Sinne von Frieden und einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, sowie eine Aussöhnung der stark polarisierten Bevölkerungsgruppen. Die Gewährleistung des Gemeinwohls und der Demokratie in Venezuela soll oberste Priorität haben.

Das bedrückende Klima von Hass, Gewalt und Angst darf nicht weiter geschürt werden. Militante Regierungsgegner haben über zwanzig Menschen lebendig angezündet, weil sie diese für Anhänger der Regierung

hielten. Es darf nicht sein, dass die internationale Öffentlichkeit zu diesen Taten schweigt und sich dadurch extrem gewaltbereite Demonstranten zu solchen Verbrechen ermutigt fühlen.

**UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP**

**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**10 Wochen  
kostenlos testen**

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen  
info@unsere-zeit.de